

dokumentation

Fachtagung „Familie und Familienpolitik in Zeiten des Umbruchs!“
23. Mai 2023, 09.30 Uhr bis 16.00 Uhr



Familie und Familienpolitik in Zeiten des **UMBRUCHS**

Wie muss eine zukunftsfähige Familienpolitik aufgestellt sein?



Die andauernden Umbrüche haben unsere Gesellschaft und ihre Familien fest im Griff. Die Corona-Krise und damit einhergehende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben Kinder, Jugendliche und ihre Familien herausgefordert: Angesichts (teil-)geschlossener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen stieg die Belastung familiär zu erbringender Sorgearbeit und das Wohlbefinden von Familienmitgliedern sank. Aber auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie Kitas,

Schulen, Angebote ambulanter Pflegedienste oder Tageseinrichtungen kamen immer wieder an ihre organisatorischen und personellen Grenzen. Zusätzlich erleben wir eine Energie- und Wirtschaftskrise – ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine –, die viele Menschen, aber auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur um ihre Existenz bangen lässt. Damit stehen Familien weiterhin unter enormen Druck. Ziel unserer Fachtagung war es, ein umfassendes Bild der Situation von Kindern, Jugend-

lichen und ihrer Familien der letzten Jahre zu zeichnen und gemeinsam mit ihnen Vorschläge zu erarbeiten, wie die Resilienz von vielfältigen Familien gestärkt werden kann. Dabei konnten wir auf wissenschaftliche Erkenntnisse, auf den Austausch mit Jugendlichen und den Erfahrungen unserer Mitgliedsorganisationen aus der täglichen Arbeit mit und für Familien aufbauen. ■

HANDLUNG
EMPFEHLUNGEN

Handlungsempfehlungen aus dem Fachtag

Familien in ihrer Vielfalt brauchen Geld, Zeit und Infrastruktur!

Die Kürzungspläne der Bundesregierung bei vielen sozial- und familienpolitischen Vorhaben sind fatal. Familien brauchen gerade jetzt eine zukunftsfähige Politik, die sie adressiert und ihre Sorgen ernst nimmt und sie brauchen eine starke soziale Infrastruktur, die sie bei ihren täglichen Herausforderungen umfassend unterstützt.

Zwar litten Familien überproportional stark an den Folgen der Pandemie, aber die For-

schung zeigt deutlich, dass nicht alle Familien im gleichen Maße betroffen waren: Vor allem Mütter mit Kindern bis zum Grundschulalter und sozial benachteiligte Familien erlebten die größten Einbußen ihres Wohlbefindens. Dem steht gegenüber, dass vor allem Familien mit einem hohen Bildungsstand die Pandemie als Zeit der Entschleunigung positiv bewerten. Das ist eine wichtige Erkenntnis, die in politische Entscheidungen einfließen muss.

Kindertagesstätten tragen zur Steigerung des Wohlbefindens, des Erwerbsvolumens und einer besseren Integration von Müttern

bei. Ebenfalls profitieren gerade Kinder aus benachteiligten Familien besonders. Dennoch ist die Betreuungsquote der unter Dreijährigen in Deutschland immer noch zu niedrig und Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationsgeschichte sind dort seltener anzutreffen. Genau hier muss Politik ansetzen und einen verlässlichen, zielgruppenspezifischen und diskriminierungsfreien Zugang für Familien und qualitativ hochwertige Angebote schaffen.

Jugendliche und junge Erwachsene müssen gehört und ernst genommen werden. Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sollten in Zukunft gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entscheiden und nicht über ihren Kopf hinweg.

Gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen muss ebenso hochwertig wie ungleichheitssensibel sein. Dafür braucht es genügend und gut ausgebildetes Personal an Schulen und Kitas.

Familien brauchen Treffpunkte!

Familien, Kinder und Jugendliche brauchen Treffpunkte und Raum zum Austausch. Dies schafft Entlastung und Zusammengehörigkeit. Während der Pandemie wurden diese Bedürfnisse viel zu häufig beschnitten.

Um mehr Familien zu erreichen, ist es notwendig, Angebote so zu gestalten, dass Verpflegung inbegriffen ist, dass sie mehrsprachig konzipiert sind und auch Familien in ihrer Vielfalt mit einer positiven Haltung begegnen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, auf Familien mit geringen Deutschkenntnisse aktiv zuzugehen.

Die gesellschaftlichen Anforderungen der Dauerkrise haben eine bedrohliche Wirkung auf einen großen Teil der Familien. Die Nachfrage nach Angeboten zur Bewältigung persönlicher Krisen ist daher stark angestiegen. Familienbildungsstätten wollen Familien mit passgenaueren und niederschweligen Angeboten unterstützen. Ihnen steht aber häufig finanziell das Wasser bis zum Hals und die Belastung der Mitarbeitenden ist enorm. Es braucht deshalb dringend eine Aufstockung der Mittel, um eine Sicherstellung und einen Ausbau von Familienbildungsangeboten zu gewährleisten.



Gut besucht, der ZFF-Vorstand in der ersten Reihe (v.l.n.r.): Britta Altenkamp, Meike Schuster, Birgit Merkel, Ines Albrecht-Engel



Konrad Spremberg, der Moderator der Tagung

Um ihre volle Wirkung zu entfalten und eine positive Ressource für die Bedarfe von Kindern und Familien darzustellen, müssen Familienzentren dringend fest etabliert und – wie auch die Familienbildung – finanziell auf sichere Beine gestellt werden. Um das zu erreichen, ist politischer Wille für eine ganzheitliche Familienförderung durch Familienzentren und eine familienförderliche Sozialraumplanung und -strategie in den Kommunen notwendig.

Familien brauchen Erholung!

Insbesondere in Krisenzeiten sind für Familien geförderte Angebote der Familienerholung enorm wichtig, um Energie für den oftmals belastenden Alltag zu schöpfen und als Familie durch gemeinsame positive Erfahrungen gestärkt zu werden. Familien sollen daher ein Recht auf Erholung erhalten.

Damit Angebote der Familienerholung tatsächlich dort ankommen, wo sie benötigt werden, muss ihr Bekanntheitsgrad ausgebaut werden. Hilfreich dafür ist eine stärkere Vernetzung von Beratungsangeboten.

Die finanzielle Förderung der Familienerholung ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Sie sollte vereinheitlicht und fest verankert werden. Außerdem braucht es investive Förderungen für die Einrichtungen. So kann Familienerholung – trotz Fachkräftemangel und Inflation – ihre Angebote aufrechterhalten und eine steigende Zahl von Familien (insbesondere Alleiner-

ziehende) erreichen, die sich sonst keinen Urlaub leisten können.

Angesichts der dramatischen Erschöpfungs- und Überlastungslage müssen Kurangebote (Mütterkuren, Mutter-Kind-Kuren, Vaterkuren, Vater-Kind-Kuren) erheblich ausgebaut werden. Außerdem sind Kurangebote für pflegende Angehörige dringend notwendig und auch diese brauchen eine entsprechende Finanzierung.

Familien müssen in ihrer Vielfalt anerkannt und gestärkt werden!

Rassismus gehört zum Alltag vieler Familien mit Migrationsgeschichte und/oder Fluchterfahrung, dieser ist in der Krise

noch spürbar angestiegen. Das führt dazu, dass Menschen, die nicht als deutsch gelesen werden, nicht die gleichen Chancen erhalten und zusätzlich eine Schlechterstellung beim Zugang zu Bildung oder den Arbeitsmarkt erfahren. Deshalb braucht es dringend strukturelle Lösungsansätze, so dass Antirassismus-Arbeit flächendeckend priorisiert und als Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen auf- und ausgebaut wird.

Um gute Zukunftsperspektiven für geflüchtete Familien zu schaffen, müssen die Teilnahme an einer berufsqualifizierenden Ausbildung ermöglicht und bestehende ausländische Ausbildungs- und Studienabschlüsse anerkannt werden.

Deutsche Behördensprache ist selbst für deutsche Muttersprachler*innen eine Herausforderung, aber für Familien nicht-deutscher Herkunft kann die Antragstellung in verschiedenen Rechtsbereichen und für unterschiedliche Bedarfe ein Ding der Unmöglichkeit werden. Deshalb braucht es nicht nur einen Bürokratieabbau, sondern auch die Vereinfachung der Verwaltungssprache sowie des Antragsprozederes. Darüber hinaus muss die Beschleunigung von Antragsverfahren angestrebt werden.

Ehrenamtlich Tätige können eine wichtige Ressource in der Arbeit mit und für migrantische Familien sein. Das gelingt aber nur, wenn sie fachlich qualifiziert werden. Kompetenzen von Ehrenamtlichen können durch mehr Fortbildungsangebote ermöglicht und somit gestärkt und ausgebaut werden. ■



BEGRIFFSSUNGS



*Britta Altenkamp
Vorsitzende des
Zukunftsforum Familie e.V.*

Vielen Familien geht – offen gesagt – „die Puste aus“! Gerade jetzt brauchen wir eine zukunftsfähige Politik, die die Familien adressiert und ihre Sorgen und Ängste ernst nimmt. Und, wir brauchen eine starke soziale Infrastruktur, die Familien gut bei ihren täglichen Herausforderungen unterstützt. Auch wenn es gute Ansätze gibt, wie den beschlossenen Ausbau der Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder, lassen doch viele Gesetzesvorhaben, die die Lage von Familie verbessern und sie entlasten würden, derzeit auf sich warten. Angefangen von der Kindergrundsicherung über die Familienstartzeit bis hin zur Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld. Dabei dürfen wir jedoch großen Teilen der Ampel-Koalition nicht vor-

werfen, untätig zu sein: Wie wir es über die Medien derzeit verfolgen können, wird hart über die guten und wichtigen Vorhaben des Koalitionsvertrages innerhalb der Ampel-Koalition gerungen. Es ist klar: Eine Verbesserung der Lage von Familien gibt es nicht zum Nulltarif! Gleichzeitig gibt es viele Möglichkeiten, die Staatskasse wieder zu füllen und Familien, Kindern und Jugendlichen die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie dringend benötigen.



Marc Nellen
Abteilungsleiter
Familie und Digitales im BMFSFJ

Eine der Kernaufgaben des Staates ist es, Sicherheit zu schaffen. Erst recht in Zeiten, in der Menschen sich um ihre Zukunft sorgen. Familien verunsichert die gegenwärtige Phase sich überlappenden Krisen. Die Sorge um die finanzielle Sicherheit belastet sie stark.

Genau an diesem Punkt muss daher gute Familienpolitik ansetzen. Sie muss für verlässliche Unterstützungsstrukturen sorgen und ein stabiles Sicherheitsnetz schaffen. Mit mehreren Entlastungspaketen hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst und Winter zügig gehandelt. Familien haben die staatlichen Entlastungsmaßnahmen überdurchschnittlich oft als hilfreich bewertet. Unser Staat hat gezeigt, dass er handlungsfähig ist. Das BMFSFJ setzt sich mit voller Kraft dafür ein, Familien im Dreiklang von finanziellen Leistungen, Infrastruktur und einer familien-

orientierten Zeitpolitik zu unterstützen, zu entlasten und ihnen Freiräume für die Gestaltung ihres Familienlebens zu geben. Für Kernvorhaben wie die Kindergrundsicherung, gute Kita- und Grundschulbetreuung, aber auch die Familienstartzeit und die Familienpflegezeit werden wir uns daher besonders einsetzen. Wer den parlamentarischen Kalender kennt, weiß, dass wir derzeit mitten in der politischen Rushhour stecken. Darum brauchen wir starke und laute Familienverbände, die sich einmischen und auch mal „den Finger in die Wunde legen“. Vielen Dank dafür!

BEGGRÜßUNG

VORTRAG

Welche Infrastrukturpolitik braucht die Familie von morgen und ist die Politik darauf vorbereitet?

Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Direktorin des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Um zu verstehen, was Familien in Zeiten der Krisen und Umbrüche brauchen und wie die Politik darauf reagieren sollte, ist es zunächst wichtig, das Wohlbefinden von Familien im Laufe der Pandemie und seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine näher zu betrachten, leitet Prof. Dr. Katharina Spieß ihren Vortrag ein.

Wohlbefinden unterscheidet sich nach Geschlecht und Bildungsstand

Zwar waren Familien überproportional stark von den Folgen der Pandemie betroffen, aber die Forschung zeigt sehr deutlich, dass nicht alle Familien mit den gleichen Problemen zu kämpfen hatten, fährt Spieß fort. Vor allem Mütter mit jungen Kindern bis zur Grundschulphase und sozioökonomisch benachteiligte Familien haben die größten Einbußen ihres Wohlbefindens erlitten. Darüber hinaus beurteilen vor allem Familien mit einem hohen Bildungsstand die Zeit der Entschleunigung während der Pandemie nicht selten als positiv. Was sich aus den Daten aber auch ablesen lässt: Sobald die Infrastruktur für Familien wieder geöffnet war, gingen auch die Werte zur Lebenszufriedenheit für alle Familien wieder signifikant nach oben. Seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine haben die Ängste und Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage allgemein zugenommen, jedoch zeigt sich auch hier deutlich, dass sich in Krisen soziale Ungleichheiten deutlich bemerkbar machen. Wendet man sich den Kindern und Jugendlichen zu, sieht man ein ähnliches Bild: Depressive Verstimmungen haben zu- und auch die Lebenszufriedenheit hat bei Kindern und Jugendlichen während der



Pandemie deutlich abgenommen. Besonders betroffen sind Mädchen und Kinder, die in Haushalten mit wenig Einkommen aufwachsen.

Familien mit Migrations- und Fluchtgeschichte

Durch geschlossene Kitas, Schulen und den Wegfall von Freizeitangeboten waren für die Kinder und Jugendlichen mit Migrations- und Fluchtgeschichte die Möglichkeiten des Spracherwerbs und vielem mehr während der Pandemie stark eingeschränkt. Gleichzeitig zeigt sich auch hier deutlich: Konnten die Kinder (wieder) eine Kita und/oder Schule besuchen, steigt das Wohlbefinden signifikant.

Was brauchen Familien?

Neben einer Finanzkrise und Zeitkrise für einige, hat die Pandemie und die Zeit der Umbrüche aber vor allem eine Infrastrukturkrise geschaffen. Dabei stellen vor allem die Kindertagesstätten eine wichtige Infrastruktureinrichtung für Familien mit breiter gesellschaftlicher Wirkung dar:

Wie die empirische Evidenz zeigt, können sie zur Steigerung des Wohlbefindens, des Erwerbsvolumens und einer besseren Integration von Müttern beitragen. Trotz dieser enormen Rendite ist die Betreuungsquote der unter Dreijährigen in Deutschland immer noch zu niedrig und Kinder aus sozio-demographisch benachteiligten Familien, die besonders von einem Kitabesuch profitieren würden, sind dort seltener anzutreffen. Und dies, obwohl der Bedarf in diesen Familien enorm hoch ist. Genau hier muss die Politik von morgen ansetzen. Sie muss einen zielgruppenspezifischen, diskriminierungsfreien und verlässlichen Zugang für Familien und qualitativ hochwertige Angebote schaffen, schließt Katharina Spieß. ■

Emily Sawatzki und Amir Sallachi

Mitglieder des JugendExpert:innenTeams der Bertelsmann Stiftung

Das Jugendexpert:innenTeam der Bertelsmann Stiftung hat sich im November 2017 vor dem Hintergrund gegründet, dass es nicht ausreicht, über Kinder und Jugendliche zu sprechen, sondern es von zentraler Bedeutung ist, mit ihnen direkt in den Austausch zu gehen und sie als Expert*innen ihrer Lebenswelt zu betrachten.

Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen erheben

Die JuCo-Studie war die erste Studie, die die Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen erhoben hat. Die Ergebnisse sind erschreckend: Neben großer Unzufriedenheit mit der pädagogischen Betreuung und einer allgemeinen Verschlechterung der Lebenszufriedenheit, hatten 68 Prozent der Jugendlichen erhebliche Zukunftsängste, führt Amir Sallachi in das Thema des Vortrages ein. Darüber hinaus stellte die qualitative Befragung der Kinder und Jugendlichen sehr eindrücklich das Gefühl dar, weder gehört noch ernstgenommen zu werden und immer wieder damit konfrontiert zu sein, dass die Gesellschaft ein falsches Bild davon hat, wie Jugendliche denken und fühlen. Jugendliche sind nicht nur Schüler*innen, die lernen sollen, sondern Expert*innen, die gefragt und miteinbezogen werden wollen, berichtet Emily Sawatzki. Die beiden Mitglieder des Jugendexpert:innenTeam der Bertelsmann-Stiftung plädierten ausdrücklich dafür, dass Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in Zukunft gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entscheiden sollen und nicht nur für sie. Selbst mitzuentcheiden und beteiligt zu werden, verhindert Ohnmachtserfahrungen und macht psychisch stark.

Für Sawatzki und Sallachi stellt daher auch das partizipative Forschungsprojekt Peer2Peer der Bertelsmann Stiftung eine Herzensangelegenheit dar. Bei diesem Projekt beraten Jugendliche nicht nur, sondern nehmen auch als Co-Forschende teil. Bedarfe, Wünsche und Sorgen von Kindern

und Jugendlichen wurden erhoben und die Studie konzeptionell begleitet. Zentrale Erkenntnisse aus den Jahren 2020/2021 sind: Kinder und Jugendliche zählen zu ihren Bedarfen für ein gutes Leben u. a. mehr Raum und Zeit für Selbstbestimmung, verlässliche und vertrauensvolle soziale Beziehungen und finanzielle Sicherheit. Auch waren sich die jungen Menschen in den Gruppendiskussionen durchweg einig, dass Gesundheit wichtig für ein gutes Leben ist, sie aber nicht immer zum Nulltarif bereitsteht, da z. B. gesunde Lebensmittel immer teurer werden.

Welche politischen Forderungen können aus diesen Befunden abgeleitet werden?

Junge Menschen müssen gefragt werden – überall. Dafür müssen echte und nachhaltige Beteiligungsformate ausgebaut werden. Darüber hinaus ist die Implementierung einer systematischen Bedarfserhebung uner-

lässlich. Nur sie kann Daten liefern, auf deren Grundlage eine neue Leistung in Form einer Kindergrundsicherung eingeführt werden kann, die nicht nur Maßnahmen bündelt, sondern zu einer nachhaltigen und finanziell spürbaren Verbesserung der Lebensqualität aller Kinder und Jugendlichen beiträgt. Bildung muss darüber hinaus hochwertig ebenso wie ungleichheitssensibel sein. Dafür braucht es genügend und gutes Personal an Schulen und Kitas. Diese sollten als anregende Umgebung gestaltet sein, fordern Amir Sallachi und Emily Sawatzki abschließend. ■

VORTRAG Wie erleben Jugendliche gesellschaftliche Krisen und Umbrüche?



PANEL EINS Gesundheit

Martina Bunk-Georgieva
Familienerholung AWO SANO gGmbH

Yvonne Bovermann
Müttergenesungswerk

Moderation:
Dr. Katrina Pfundt
AWO Bundesverband e.V.



Gerade in Zeiten, in denen Familien im Alltag ans Limit geraten, brauchen sie Angebote der Erholung, berichtet Martina Bunk-Georgieva. Die AWO Sano gGmbH betreibt gemeinnützige Familienferienstätten. Ihr pädagogischer Auftrag zielt darauf ab, Familien Erholung zu ermöglichen und sie dabei in ihren Ressourcen zu stärken. Bei der Arbeit mit Familien lässt sich beobachten, dass es einigen trotz Pandemie und Krise gut geht, andere erleben eine deutliche Zunahme von Sorgen um die finanzielle Zukunft, die Gesundheit und die Bildung der Kinder. Viele sind erschöpft vom Alltag und seinen gesteigerten Herausforderungen und wünschen sich vor allem, dass ihre Kinder betreut werden und sie Zeit zum Durchatmen und Kraft tanken haben. Andere können sich seit der Pandemie schwerer von ihren Kindern trennen, auch Kinder haben mehr soziale Berührungängste. Da Eltern zunehmend über weniger Geld verfügen, werden geförderte

Angebote der Familienerholung wichtiger. Sie können Familien dabei unterstützen, außerhalb des Alltags wieder zueinanderzufinden und ihre Resilienz zu stärken. Dafür müssen einerseits die Angebote der Familienerholung besser finanziell gefördert werden, andererseits die Angebote unter Eltern bekannter werden. In der Diskussion arbeiteten die Teilnehmenden heraus, dass eine Vernetzung unterschiedlicher Beratungsangebote hier hilfreich wäre.

Wenn die Erschöpfung zu groß wird, braucht es Kurangebote, argumentiert Yvonne Bovermann vom Müttergenesungswerk. Bereits 2019 waren 24 Prozent der Mütter kurbedürftig, dazu knapp 11 Prozent der Väter. Es ist davon auszugehen, dass die Lage heute weitaus dramatischer ist, denn Mütter kamen selten so erschöpft in die Kuren wie derzeit. Bundesweit gibt es knapp 140.000 Plätze in Kurkliniken, davon bietet das Müttergenesungswerk 50.000 Plätze an.

Da der Bedarf bei weitem das Angebot übersteigt, führt dies zu Wartezeiten von bis zu einem Jahr, was bei einer medizinisch diagnostizierten Kurbedürftigkeit gefährlich für Betroffene sein kann. Gleichzeitig steigen die Kosten. Deshalb brauche es mehr Geld für Tagessätze und Investitionen, um mehr Klinikplätze zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte die Beratung über die Krankenkassen gestärkt werden. In der Diskussion wurde von den Teilnehmenden die Notwendigkeit betont, durch eine partnerschaftliche Verteilung von Sorgearbeit, bessere Angebote der Kinderbetreuung und der Entlastung von Pflegenden zu verhindern, dass Eltern und Pflegende im Alltag überlastet werden. ■

PANEL ZWEI Treffpunkte

Meike Schuster

stellv. Vorsitzende*r des ZFF,
Progressiver Eltern- und Erzieher*innen-
Verband NRW (PEV) e. V.

Daniela Kobelt Neuhaus

Bundesverband Familienzentren e. V.

Moderation:

Dr. Verena Wittke

AWO Bundesverband e. V.



Orte der Familienbildung wie Familienbildungsstätten waren und sind schon immer stark mit Situationen konfrontiert, die Familien heraus- oder überfordern haben. In den letzten Jahren hat sich die Lage aber zugespitzt: Durch den Dauerkrisenmodus sind viele Familien am Ende ihrer Belastbarkeit. Wo früher ein Blick auf gute Entwicklungen und eine positive Zukunft dominierte, ist heute eine Bewahrung des Status quo das Thema. Oberstes Ziel ist zu verhindern, dass es noch schlimmer wird, berichtet Meike Schuster zu Beginn des Panels. Leittragende sind dabei vor allem die Kinder und Jugendlichen, deren Entwicklung krisenbedingt erheblich erschwert ist. Obwohl Familienbildung immer mehr leisten muss, steht vielen Einrichtungen finanziell das „Wasser bis zum Hals“, fährt Meike Schuster fort. Daher braucht es mehr Geld, Zeit und Infrastruktur für die Familienbildung.

Daniela Kobelt Neuhaus berichtet anschließend von der Situation in den Familienzentren, die ebenfalls unter dem Krisenmodus leiden: Z. B. wurden Fachkräfte aus den Familienzentren in die Kitas umgeleitet, um dort auszuhelfen, gleichzeitig waren die verbleibenden Mitarbeiter*innen enorm belastet durch ihren Anspruch, den Kontakt zu den besonders belasteten Familien und Kindern keinesfalls zu verlieren. Dort, wo aber Familienzentren vor Ort bewusst unterstützt und als „krisenrelevante“ Einrichtungen wahrgenommen wurden, konnten sie auch während der Pandemie gute Arbeit leisten. Um ihre volle Wirkung zu entfalten und eine positive Ressource für die Bedarfe von Kindern und Familien darzustellen, müssen Familienzentren jedoch dringend fest etabliert und finanziell auf sichere Beine gestellt werden. Dies ist derzeit noch nicht der Fall.

Die Teilnehmer*innen des Workshops betonten nochmal, wie wichtig es für Familien, Kinder und Jugendliche ist, Treffpunkte und damit Möglichkeiten zum Austausch zu haben. Sie brauchen Entlastung und Zusammengehörigkeit. Diese Bedürfnisse wurden während der Pandemie viel zu häufig radikal beschnitten. Darüber hinaus war es den Teilnehmer*innen wichtig, sich zu der Erreichbarkeit von Familien auszutauschen. Dabei wurde deutlich, dass Angebote in der Regel besser angenommen werden, wenn sie eine Verpflegung stellen, mehrsprachig konzipiert werden und auch Familien in ihrer Vielfalt und mit einer positiven Haltung begegnen. ■

PANEL DREI Interkulturalität

Maria Ringler

Verband binationaler Familien
und Partnerschaften e.V.

Christiane Börühan

AWO KV Berlin Spree-Wuhle e.V.,
Begegnungszentrum

Moderation:

Birgit Merkel,

stellv. Vorsitzende ZFF, Freiberufliche
Fachberaterin KITA/Jugendhilfe



Im Workshop „Interkulturalität“ skizzierten die beiden Referentinnen, Maria Ringler (Verband binationaler Familien) und Christiane Börühan (AWO KV Berlin Spree-Wuhle e.V., Begegnungszentrum) ihre jeweiligen Perspektiven – einerseits die Bundes- und eher politische Ebene und andererseits die praktische Arbeit vor Ort. Beide Referentinnen machten deutlich, dass Familien, die aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Sprache nicht als deutsch gelesen werden, zunächst die gleichen Probleme haben wie alle Familien: der Zugang zu Kita-Plätzen und bezahlbaren Wohnungen gestaltet sich schwierig, hinzu kommen oft finanzielle Sorgen oder prekäre Beschäftigungssituationen. Zusätzlich treffen diese Familien jedoch auf strukturellen und Alltagsrassismus. Durch gesetzliche Regelungen, z. B. im Asylbewerberleistungsgesetz erfahren sie eine Schlechterstellung beim Zugang zu Bildung oder dem Arbeitsmarkt.

Langwierige Anerkennungsverfahren von ausländischen Abschlüssen verstärken dies nochmals.

Treffen krisenhafte Zeiten auf diese vielfach belasteten Situationen, ist schnell eine Verschärfung der unterschiedlichen Problemlagen zu spüren. Die Abhängigkeit von Jobcentern und anderen Hilfeleistungen steigt. Dies ist dann wiederum mit der Angst verbunden, dass der Aufenthaltsstatus gefährdet wird, wenn der Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft gewährleistet werden kann. Das alles setzt die Familien unter Druck und der Bedarf nach emotionaler sowie sozialer Beratung nimmt zu.

Gemeinsam mit den Referentinnen diskutierten die Teilnehmer*innen des Workshops, welche Bedarfe die Familien mit Migrationshintergrund in Beratungen äußern und welche Unterstützung notwendig ist.

Das Streben nach besserer Bildung ist ein zentrales Anliegen und bietet eine Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg. Bildungsinstitutionen haben jedoch oft einen defizitären Blick auf Kinder aus migrantischen Familien, was wiederum zu Benachteiligungen im Bildungssystem führt. Daher gilt es, offen mit dem Thema umzugehen und Diskriminierung abzubauen. Damit einhergehend müssen vorhandene Kompetenzen und Ressourcen erkannt, gefördert und Familien soweit empowert werden, dass sie ihr Leben selbstständig in die Hand nehmen können. Darüber hinaus fehlt es in der politischen Vertretung an Diversität. Ziel muss sein, allen Menschen Mitsprache und Beteiligung zu ermöglichen, auch bei politischen Entscheidungsprozessen. ■

Familien und Kinder zuletzt? – Nachhaltige Politik in Krisenzeiten!

VORTRAG



Sabine Rennefanz
Journalistin und Autorin

Derzeit sind wir mit enormen Kürzungsplänen der Bundesregierung bei allen wichtigen Vorhaben der Sozial- und Familienpolitik konfrontiert. U. a. lässt die Umsetzung der Kindergrundsicherung auf sich warten und die Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld wurde auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Dies löst ein Ohnmachtsgefühl aus, das für die Journalistin und Autorin Sabine Rennefanz zu den multiplen Krisen gehört, in denen wir seit einiger Zeit stecken. Dabei sind Krisen nicht per se schlecht, fährt Rennefanz fort, sondern helfen uns auch Probleme zu erkennen, die sich seit vielen Jahren angestaut haben.

Problematisch ist aber, dass die Auswirkungen der Krisen bestimmte Gruppen besonders hart treffen. Auch wenn viele Mittelschichtsfamilien aufgrund der erhöhten Preise ihren Konsum etwas reduzieren müssen, sind diese Gegebenheiten für viele arme Familien eine existenzielle Bedrohung.

Sabine Rennefanz zieht folgende Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie und der derzeit vorherrschenden Wirtschaftskrise aufgrund des Angriffskrieges auf die Ukraine:

Kinder und Jugendliche mussten überproportional zurückstecken und massive Einschränkungen erleben. Zwischen März 2020 und Mai 2021 fand an 180 Tagen kein regulärer Unterricht statt. Auch guter Distanzunterricht konnte kaum stattfinden, da die Digitalisierung an Schulen hinterherhinkt. Die Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten IGLU-Studie zeigen, was eine kollektive Vernachlässigung von Schulen und Kitas anrichten kann: Etwa ein Viertel aller Viertklässler*innen hat enorme Schwierigkeiten beim Lesen. Sie schneiden damit weit schlechter ab als Gleichaltrige in vielen anderen Ländern.

Familienpolitik ist und bleibt extrem widersprüchlich. Zwar sollen Frauen nach der Geburt eines Kindes schnell wieder arbeiten gehen, es gibt aber immer noch zu wenige Kitaplätze und steuerliche Fehlanreize. Das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung bleiben bestehen, obwohl sie in die Mottenkiste gehören. Beide Instrumente verhindern nachweislich, dass Frauen ihre Arbeitszeiten ausweiten. Dabei ginge eine Reform durchaus auch mit Einsparungen einher, womit man z. B. die Kindergrundsicherung bezahlen und Kitas bauen könnte.

Die Pandemie hat auch gezeigt, wie stark das Kinderkriegen zu Nachteilen für Frauen führt. Es sind die Frauen, die nach der Geburt des Kindes meistens ein Jahr zu Hause bleiben. Auch konnte die Pandemie nicht als gemeinsame kollektive Erfahrung von Frauen wirken und so auf die Wichtigkeit von Care-Arbeit hinweisen. Eher lassen sich Rückzug, Paralyse und Erschöpfung von Frauen beobachten. Wir sind als Gesellschaft bisher daran gescheitert, Rollenmodelle aufzubrechen und es fehlt derzeit auch das Momentum, hier gegenzusteuern.

Auch wenn wir kurzfristig eher pessimistisch auf die Entwicklungen in der Familienpolitik blicken müssen, könnte sich langfristig wieder ein positiver Trend entwickeln. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und einer Stärkung der Gesellschaft müssen Kinder und Jugendliche wieder vermehrt in den Fokus genommen werden, erhofft sich Sabine Rennefanz abschließend. ■



Das Zukunftsforum Familie (ZFF) ist ein familienpolitischer Fachverband, der sich für die Interessen von Familien einsetzt und für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik kämpft. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zusage spenden. Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der AWO gegründet und ist derzeit 76 Mitglieder stark. ■

Impressum

Herausgeber:

Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)

Texte:

Nikola Schopp, Lilly Schön,
Sophie Schwab

Redaktion:

Nikola Schopp

Fotos:

Sebastian Jacobi, Berlin

Gestaltung:

büro G29, Aachen

Druck:

vierC print+mediafabrik GmbH & Co. KG

Auflage:

300 Stück

Zukunftsforum Familie e.V.

Michaelkirchstr. 17 / 18, 10179 Berlin
Telefon: 030 2592728-20
Telefax: 030 2592728-60
info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

Berlin, Oktober 2023

Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend